



# HESSISCHER LANDTAG

17. 12. 2014

Plenum

## **Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Beitritt des Landes beschleunigt Regionaltangente West**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass für Pendlerinnen und Pendler wie auch für die Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur ein wichtiger Standortfaktor ist. Ein Bestandteil der aktuellen Ausbauprojekte dieser Infrastruktur und von zentraler Bedeutung für den S-Bahnverkehr in der Region ist die geplante "Regionaltangente West (RTW)".
2. Dieses Projekt schafft westlich und südlich von Frankfurt auf einer Strecke von ca. 40 Kilometern Länge eine tangentielle Verbindung der dort gelegenen Arbeits- und Wohnstätten. Die Regionaltangente West wird ca. 180.000 Arbeitsplätze anbinden, u.a. am Frankfurter Flughafen und im Industriepark Höchst. Circa 45.000 Pendler werden voraussichtlich werktätlich die RTW nutzen. Durch die tangentielle Verbindung wird nicht nur für eine schnelle Verbindung zwischen den an der RTW gelegenen Orten gesorgt, sondern es wird erwartet, dass ca. 15.000 Pendler vom Auto auf den Regionalverkehr umsteigen. Außerdem wird der bereits heute bis an die Grenze seiner Kapazität genutzte Frankfurter S-Bahntunnel entlastet werden.
3. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag, dass das Land Hessen der RTW Planungsgesellschaft mbH beigetreten ist, um auf die Planung und Realisierung dieses Vorhabens Einfluss nehmen und es weiter beschleunigen zu können. Bereits die Gründung der Planungsgesellschaft wurde durch finanzielle Unterstützung des Landes in Höhe von 3 Mio. € ermöglicht. Mit diesen Mitteln hat das Land die Gesellschaft und ihre kommunalen Gesellschafter - der Hochtaunuskreis, der Main-Taunus-Kreis und der Landkreis Offenbach sowie Bad Homburg, Frankfurt a.M., Eschborn, Neu-Isenburg und Schwalbach - unterstützt. Bereits hiermit wurde nach Auffassung des Landtages die Bedeutung unterstrichen, welche in Land und Region dem Vorhaben beigemessen wird.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, gemeinsam mit der Stadt Frankfurt a.M. und den anderen Verfahrensbeteiligten auf einen schnellstmöglichen Beginn des Planfeststellungsverfahrens hinzuwirken. Gleichzeitig wird die Landesregierung gebeten, sich beim Bund weiterhin für eine hinreichende Finanzierung des regionalen und kommunalen Personennahverkehrs einzusetzen. Dies betrifft sowohl die angekündigte Anschlussregelung zum GVFG des Bundes als auch die des Regionalisierungsgesetzes.

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. Dezember 2014

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:  
**Dorn**